

JEDEM KIND SEINE CHANCE – GERECHTE UND LEISTUNGSORIENTIERTE BILDUNG

EINSTIMMIG BESCHLOSSEN DURCH DEN 27. LANDESPARTEITAG AM
17. NOVEMBER 2012 IN POTSDAM

INHALTSVERZEICHNIS

JEDEM KIND SEINE CHANCE – GERECHTE UND LEISTUNGSORIENTIERTE BILDUNG	3
WAS WIR VON GUTER BILDUNG ERWARTEN	3
EIN STARKES UND LEISTUNGSORIENTIERTES BILDUNGSSYSTEM FÜR BRANDENBURG	4
WAS MACHT KINDER KOMPETENT?.....	5
FRÜHKINDLICHE BILDUNG.....	5
GRUNDSCHULE	5
WEITERFÜHRENDE SCHULEN	6
BERUFLICHE BILDUNG	7
BESSERE BILDUNGSPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN	7
KOMMUNALE BILDUNGSLANDSCHAFTEN – MEHR VERANTWORTUNG VOR ORT.....	9
WIR BRAUCHEN JEDE SCHULE – ANTWORTEN AUF DIE DEMOGRAPHIE.....	10
AKTIVE BILDUNGSPARTNER FAMILIE – KINDEREINRICHTUNG – SCHULE.....	11
CDU MACHT SCHULE – UNSERE AUFGABEN FÜR DIE POLITIK.....	11

Jedem Kind seine Chance – gerechte und leistungsorientierte Bildung

Nie zuvor war die Unzufriedenheit der Schüler, Lehrer und Eltern mit dem brandenburgischen Bildungssystem so groß wie unter der rot-roten Landesregierung. Betrachtet man die Protestwelle im Land und das Abschneiden bei nationalen und internationalen Vergleichen, ist dies sehr verständlich.

Brandenburg belegt leider in allen schulischen Leistungsvergleichen hintere Plätze und liegt regelmäßig deutlich unter dem Bundes- und dem OECD-Durchschnitt. Diese Tatsache ist dem Versagen der Politik geschuldet. Unsere Schüler haben dies aber nicht verdient!

In der letzten Erhebung der sprachlichen Kompetenzen im bundesdeutschen Ländervergleich, der nach einheitlich festgelegten Bildungsstandards die Lese- und Schreibkompetenz von Schülern der 9. Klasse untersuchte, hat Brandenburg von allen Flächenländern am schlechtesten abgeschnitten. Besonders bei der Rechtschreibung erreichten etwa 30 Prozent der brandenburgischen Schüler nicht die Mindeststandards.

Solche regelmäßig wiederkehrenden Befunde haben jedoch nicht dazu geführt, dass die rot-rote Landesregierung der Bildung tatsächlich Priorität einräumt. Stattdessen finanziert man fragwürdige Symbolprojekte, wie Schülerbafög und setzt gegen die Proteste von Schülern und Eltern Kürzungen wie bei den Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft durch.

Wir halten es nicht für hinnehmbar, dass Brandenburg auf dem wichtigen Feld der Bildungspolitik immer wieder das Schlusslicht ist. Um dies endlich zu ändern, brauchen wir ein leistungsfähiges und vielfältiges Bildungssystem, welches individuelle Leistung einfordert, honoriert und für alle Schülerinnen und Schüler ermöglicht.

Was wir von guter Bildung erwarten

Die Aufgabe von Bildung und Erziehung ist es, unseren Kindern und Jugendlichen Wissen und Kompetenzen zu vermitteln und ihre Begabungen zu fördern, damit sie ihr Leben in der Gesellschaft selbstständig und verantwortungsbewusst gestalten können. Ebenso wichtig ist die Erziehung zu Werten und Normen. Bildung soll Teilhabe und Erfolg für jeden in unserer Gesellschaft ermöglichen. Weil Wissens- und Kompetenzerwerb bei jedem Schüler individuell erfolgt, muss ein Schulsystem jedem Einzelnen in seiner individuellen Art Bildung zu erwerben, gerecht werden. Für den individuellen Bildungserfolg sind neben den erforderlichen Rahmenbedingungen jedoch immer auch der Wille und die persönliche Anstrengung jedes Schülers notwendig.

Kindereinrichtungen und Schulen müssen gemeinsam mit allen Beteiligten ein Klima von gegenseitigem Respekt, Toleranz und einem Miteinander schaffen, das Selbstständigkeit und Leistungsbereitschaft der Kinder und Schüler fördert. Im Unterricht muss Wissen vermittelt und zum selbstständigen Denken und Lernen der Schüler angeregt werden. Bei der Herausbildung eines eigenständigen Urteilsvermögens sowie bei der Entwicklung verantwortlicher Handlungskompetenzen müssen Schüler unterstützt werden.

Ein starkes und leistungsorientiertes Bildungssystem für Brandenburg

Das Leistungsprinzip ist das beste demokratische und sozialstaatliche Prinzip, um den Erfolg unabhängig von der familiären Situation zu ermöglichen. Mit der Durchsetzung des Leistungsprinzips ist Erfolg und Aufstieg für jeden in der Gesellschaft möglich.

Begreift man Bildung als Lernprozess, so muss sie neben dem Leistungsprinzip anderen verpflichtet sein. Jedes Kind ist einzigartig und die Aufgabe eines leistungsorientierten Bildungssystems muss es sein, jeden Einzelnen unter Berücksichtigung der individuellen anlage- und gesellschaftsbedingten Unterschiede so zu fördern, dass Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft optimal zur Geltung kommen. Bei leistungsorientierter Bildung muss daher das Bedarfsprinzip berücksichtigt werden. Jeder soll die Unterstützung erhalten, die er braucht, um bestmögliche Leistungen erbringen zu können.

Die Qualität unseres Bildungswesens wird maßgeblich über die Zukunft Brandenburgs entscheiden. Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes wird in immer stärkerem Maße davon abhängen. Es kommt also darauf an, jeden Schüler durch individuelle Förderung zu dem für ihn bestmöglichen Schulabschluss zu führen.

Brandenburg muss deshalb die Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige und am einzelnen Absolventen ausgerichtete bessere, leistungsorientierte Bildung schaffen, weil die brandenburgische Wirtschaft gut ausgebildete Schüler braucht und damit die brandenburgischen Schüler im Wettbewerb mit Schülern aus anderen Bundesländern um die besten Ausbildungs- und Universitätsplätze bestehen können.

Die Übergänge zwischen Kindereinrichtungen und Grundschulen, zwischen Grundschulen, Oberschulen, Fachoberschulen, Gymnasien, Berufsschulen und Hochschulen müssen abgestimmter und durchlässiger sein. Sie müssen leistungsbestimmte Wechsel zwischen den Bildungswegen ermöglichen.

Was macht Kinder kompetent?

Frühkindliche Bildung

Die Familie ist die erste Schule des Lebens. Deshalb müssen wir Eltern durch geeignete Maßnahmen in die Lage versetzen, ihre Verantwortung für ihre Kinder umfassend wahrnehmen zu können.

Die frühkindliche Bildung ist von entscheidender Bedeutung. Frühzeitig müssen Eltern und Kindereinrichtungen dafür Sorge tragen, dass Kinder ihre motorischen, sprachlichen und kognitiven Fähigkeiten optimal entwickeln können. Die in Brandenburg durchgeführten Sprachstandserhebungen bei Kindern im Alter von drei Jahren zeigen, dass bei etwa 25 Prozent der Kinder zu diesem Zeitpunkt die Sprache nicht altersgerecht entwickelt ist. Das Beherrschen unserer deutschen Sprache bildet jedoch die Grundlage für das spätere Erlernen des Lesens und Schreibens in der Grundschule und ist darüber hinaus grundlegende Voraussetzung für weiteren Wissenserwerb.

Alltagsintegrierte Sprachförderung muss daher in den Kindereinrichtungen zentraler Bestandteil für alle betreuten Kinder werden. Darüber hinaus sollen ab dem 3. Lebensjahr und vor der Einschulung für alle Kinder verbindliche Sprachtests durchgeführt werden. Kinder, die diesen Test nicht bestehen, müssen in geeigneter Weise gefördert werden, damit sie rechtzeitig zur Einschulung über altersgerechte Deutschkenntnisse verfügen.

Damit Erzieherinnen und Erzieher diese Form der alltagsintegrierten Sprachförderung nachhaltig in der pädagogischen Praxis umsetzen können, müssen sie in ihrer Ausbildung besser auf diese Anforderung vorbereitet werden. Eine Reform der Erzieherausbildung mit stärkerer Spezialisierung auf unterschiedliche Arbeitsfelder und einer Professionalisierung im Bereich frühkindlicher Pädagogik ist dazu notwendig. Hier müssen Kenntnisse der Neurobiologie, der Kinderpsychologie und der Pädagogik des Vorschulalters stärkere Berücksichtigung finden.

Wenn die Umsetzung des Bildungsauftrags in Brandenburger Kitas qualitativ verbessert werden soll, erfordert dies eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen. Praxisgerechte Regelungen zur Freistellung für Leitungsaufgaben und eine mittelfristige Verbesserung des Betreuungsschlüssels auf Höhe des Bundesdurchschnitts sind notwendig.

Grundschule

In der Grundschule müssen die Schüler das korrekte Lesen, Schreiben und Rechnen erlernen. Wie jedoch der Vergleich der sprachlichen Kompetenzen der Bundesländer gezeigt hat, gelingt dies in Brandenburg nur unzureichend. Schülern aus Bundesländern wie Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen, die in dem Vergleich der sprachlichen

Kompetenzen die Spitzenwerte erreichen, erhalten bis zu 595 Stunden mehr Unterricht in Klasse 1 bis 4. Allein im Fach Deutsch sind für Grundschüler in diesen Ländern insgesamt 70 Stunden mehr Unterricht vorgesehen als für die Schüler in Brandenburg. In diesen Bundesländern haben Grundschüler also mehr Zeit, ihre Fähigkeiten im Lesen und Schreiben zu entwickeln und zu vertiefen und erzielen dadurch höhere Leistungsniveaus.

Deshalb muss die Stundentafel für die Grundschule insgesamt um mindestens vier Stunden erhöht werden, die insbesondere für die Fächer Deutsch und Mathematik verbindlich einzusetzen sind. Regelmäßige Überprüfungen der Lernentwicklung im Bereich der Rechtschreibung, wie bspw. durch Diktate, müssen ab Klasse 2 erfolgen. Für diese Erhöhung der Stundentafel werden zusätzliche Lehrkräfte benötigt.

Kinder müssen ganzheitlich betrachtet und frühzeitig in ihren Begabungen gefördert werden. Die Fähigkeit der Lehrer zur Binnendifferenzierung muss deutlich verbessert werden. Leistungsstarke Schüler müssen die Chance haben, leistungsorientierte Angebote, wie die Leistungs- und Begabungsklassen, wahrzunehmen. Weit mehr Schüler, als aufgenommen werden, erfüllen die Voraussetzung dafür, diese Klassen zu besuchen. Allerdings stellt die Landesregierung nicht genügend dieser Klassen zur Verfügung. Die Einrichtung der Leistungs- und Begabungsklassen muss bedarfsgerecht erfolgen. Die Begrenzung auf 35 Klassen für das gesamte Land ist aufzuheben. Eine Erhöhung der Anzahl der Begabtenklassen steigert die Leistungsfähigkeit sowie die Attraktivität des Brandenburger Bildungssystems.

Weiterführende Schulen

Für die CDU Brandenburg bleibt das Gymnasium ein unverzichtbarer Bestandteil der Bildungslandschaft. Wir lehnen die Einheitsschule ab. Um die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen zu verbessern, streben wir das Deutschlandabitur und auch einen deutschlandweit einheitlichen Oberschulabschluss an. Das setzt aber voraus, dass auch vergleichbare Rahmenbedingungen gegeben sein müssen, um eine echte Vergleichbarkeit gewährleisten zu können und Chancengleichheit für die Brandenburger Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Da diese Vergleichbarkeit beim gemeinsamen Abitur mit Berlin derzeit nicht besteht, lehnen wir das gemeinsame Zentralabitur der Länder Berlin-Brandenburg ab. Ein leistungsorientiertes Bildungssystem muss sich dabei am hohen Niveau der Länder orientieren, die in Leistungsvergleichen immer wieder sehr gut abschneiden. Vergleichbarkeit auf Kosten einer Niveauabsenkung wäre hier der falsche Weg.

Die Oberschule muss ihrem Auftrag, die Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben vorzubereiten, gerecht werden können. Dafür ist eine solide Allgemeinbildung notwendig. Oberschulen und Fachoberschulen sollen sich mit Profilschwerpunkten stärker an der Praxis orientieren. Sie sind regelmäßig zu evaluieren, um das Vertrauen in ihre

Leistungsfähigkeit zu stärken. Die Schulen müssen in die Lage versetzt werden, Unterrichtsstunden für eine entsprechende Schwerpunktsetzung einsetzen zu können, um die Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen der Schüler zu festigen. Alle weiterführenden Schulen müssen gemeinsam mit der regionalen Wirtschaft frühzeitig Angebote der Berufsorientierung, wie zum Beispiel Praktika, vorhalten, u.a. durch verbindliche Angebote beim Produktiven Lernen.

Berufliche Bildung

Das duale Berufsausbildungssystem ist eine besondere Stärke Deutschlands im internationalen Wettbewerb und Garant für eine geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Um es dauerhaft zu sichern und weiterzuentwickeln, muss es bedarfsgerecht im Hinblick auf die immer stärker spezialisierten Berufsbilder laufend aktualisiert werden. So wird es auch für alle Schulabgänger attraktiv bleiben.

Unternehmen, gemeinnützige und öffentliche Einrichtungen sind seitens der Politik und der Verbände dabei zu unterstützen, für die bereitgestellten Ausbildungsplätze Schulabgänger zu gewinnen.

Im Sinne einer notwendigen Fachkräftesicherung sind attraktive, stets mit aktuellen Inhalten zu füllende Informations- und Kommunikationsplattformen zur Vernetzung zwischen Arbeitsplatzsucher und Arbeitsplatzanbieter einzurichten.

Bessere Bildungspolitische Rahmenbedingungen

Kontinuität und Verlässlichkeit sind entscheidende Faktoren für dauerhaften Bildungserfolg. Ständig neue Schulversuche und permanentes Ändern von Vorschriften und Regelungen sind für die Entwicklung des Leistungsniveaus der Schulen nicht förderlich. Wir fordern daher "Schulfrieden" für die Schulstruktur im Land Brandenburg. Die bestehenden allgemeinbildenden Schulformen können im Gegensatz zur Einheitsschule die individuelle Förderung eines jeden Schülers bestens gewährleisten.

Um die Rechte der Eltern zu stärken, soll künftig die freie Schulwahl ab der ersten Klasse ermöglicht werden.

Der Weg zu einem inklusiven Schulsystem muss behutsam und mit Augenmaß beschritten werden. Die notwendigen Rahmenbedingungen sind vor der Umsetzung zu schaffen. Im Interesse aller Betroffenen muss die Qualität wichtiger als die Schnelligkeit der Umsetzung sein. Brandenburg kann auch zukünftig nicht auf die Angebote der Förderschulen verzichten. Es ist weiterhin anzustreben, endlich einen qualifizierten und

bundesweit anerkannten Abschluss für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu ermöglichen.

Qualifizierte und motivierte Lehrer sind für gute Schulen von herausragender Bedeutung. Es muss sichergestellt werden, dass gut qualifizierte Lehrer in unseren Schulen unterrichten. Dafür sind verbindliche Eignungstests für Bewerber zu Beginn eines Lehramtsstudiums einzurichten. Weiterhin ist durch eine bedarfsorientiertere Ausbildung, z.B. mittels Zielvereinbarungen, sicher zu stellen, dass die Lehrer ausgebildet werden, die im Land gebraucht werden. Da in der Zukunft des pädagogischen Alltags die Arbeit in multiprofessionellen Teams eine deutlich größere Rolle als bislang spielen wird, sind schon in der Lehrerausbildung Teamarbeit und Teamfähigkeit zu fördern. Fortbildungen für das Erkennen von Hochbegabung einerseits und von Lernschwächen andererseits sind ebenso als Pflichtbestandteil des Lehrerberufs festzuschreiben wie Fortbildungen für Fachdidaktik. Besonderes Augenmerk muss hier auf die verstärkte Vermittlung diagnostischer Kompetenzen zur frühzeitigen Erkennung von Teilleistungsstörungen wie zum Beispiel Lese-Rechtschreib-Schwäche (LSR) und Dyskalkulie gelegt werden. Das Land muss attraktive Arbeits- und Anstellungsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer schaffen, um bundesweit konkurrenzfähig zu sein. Dazu gehört auch eine leistungsgerechte Vergütung.

Im Schuljahr 2010/2011 konnten zehn Prozent des Unterrichts, hauptsächlich infolge von Lehrerkrankungen, nicht wie geplant erteilt werden. Damit Bildung und Erziehung in den Schulen gelingt und das Niveau der Schülerleistungen gesteigert werden kann, muss das Land Brandenburg sicherstellen, dass der Unterricht auch wirklich stattfindet. Die „Vertretungsreserve“ von drei Prozent ist dafür nicht ausreichend und muss auf mindestens sechs Prozent verdoppelt werden. Der beste Unterricht nutzt nichts, wenn er nicht stattfindet. Deshalb muss gerade in einem leistungsorientierten Bildungssystem der geplante Unterricht vor allem in den Kernfächern auch fachspezifisch stattfinden. Das heißt für uns, dass auch Mathematik unterrichtet wird, wenn Mathematikunterricht zur Vertretung anfällt.

Für eine leistungsorientierte Bildung muss sichergestellt werden, dass der Lernstoff bewältigt werden kann und konkretes Wissen und Kompetenzen vermittelt werden. Dafür müssen verbindliche inhaltliche Vorgaben mit zeitlichen Richtwerten für die einzelnen Lernbereiche in den Rahmenlehrplänen gemacht werden. In den letzten 20 Jahren wurde mehrfach neuer Lehrstoff in die Rahmenlehrpläne zusätzlich aufgenommen, so dass die Lehrpläne thematisch überfrachtet sind. Die Fächerinhalte müssen sich aber auf das Wesentliche konzentrieren. Dafür müssen die Lehrpläne entschlackt und aufeinander abgestimmt werden. Eine solche "Entschlackung" der Lehrpläne geht natürlich damit einher, dass weniger Lernstoff behandelt wird. Dies gibt den Schülerinnen und Schülern die Chance, den behandelten Stoff nachhaltig zu verstehen und zu behalten.

Wissenserwerb braucht eine gute Schule und ein die schulischen Anstrengungen unterstützendes Umfeld. Dazu gehören saubere und gepflegte Schulgelände, mit einer angemessenen technischen Ausstattung und dazu gehören die Vernetzung von Schulen

mit kulturellen und sportlichen Organisationen, kirchlichen und sozialen Einrichtungen, mit Unternehmen und Vereinen. Ein gutes Sozialklima und die Ächtung destruktiver Gewalt sind Voraussetzung auch für ein gutes Lernklima. Dafür tragen Eltern und Pädagogen aber auch frühzeitig Erzieherinnen und Erzieher in der Kindertagesstätte im Rahmen ihrer Erziehungspartnerschaft gemeinsam Verantwortung. Eine Umsetzung evaluierter, frühzeitig beginnender, aufeinander aufbauender, ganzheitlicher Programme zur Gewaltprävention und zur Verbesserung des sozialen Miteinanders soll Verpflichtung aller Leiterinnen und Leiter sein, denn Gewaltprävention ist Teil der demokratischen Entwicklung von Kindertagesstätten und Schulen. Ein gutes Schulumfeld unterstützt solche Anstrengungen sowie dazu notwendige Kooperationen zwischen den Einrichtungen.

Kommunale Bildungslandschaften – mehr Verantwortung vor Ort

Die Zukunft liegt in den kommunalen Bildungslandschaften. Im Interesse der Schüler und Eltern müssen unsere Kommunen in die Lage versetzt werden, die Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen vor Ort zu koordinieren. Ziel muss es sein, eine gut funktionierende Vernetzung der Einrichtungen vor Ort (Kita, Schule, Jugend- und Kultureinrichtungen, schulische und außerschulische Förderangebote sowie Erwachsenenbildung) zu erreichen und Angebote effektiv und zielgerichtet unterbreiten zu können. Dafür ist eine bessere Zusammenarbeit mit lokalen Partnern wie Forschung, Wirtschaft und Politik notwendig. Am Ende steht eine kommunale Bildungsplanung, welche die Jugendhilfeplanung und die Schulentwicklungsplanung integriert und mit der Sozialplanung und der Kreis- bzw. Stadtentwicklungsplanung abgestimmt ist.

Die zunehmende Bedeutung, die Bereiche Bildung, Erziehung und Betreuung ganzheitlich zu organisieren, macht es erforderlich, langfristig die Trennung innerer und äußerer Schulangelegenheiten aufzubrechen. Um Qualität von Schule vor dem Hintergrund lokal unterschiedlicher Herausforderungen zu stärken, sind künftig weitgehende Selbstverwaltungsrechte auf Schul- und kommunaler Ebene, verbunden mit einer Rechenschaftslegung für erzielte Ergebnisse, zu gewährleisten.

Der kommunalen Ebene sind als Schulträger auf eigenen Wunsch gleichwertige Rechte, wie den Trägern freier Schulen, einzuräumen. Wir wollen, dass Kommunen für das Lehrpersonal und damit komplett für die Schule vor Ort verantwortlich sein können. Das stärkt die Identifikation und sichert eine soziale Einbindung der Lehrerschaft in das soziale Umfeld Schule im örtlichen Gemeinwesen.

Freie Schulträger sind in der Schulentwicklungsplanung der Kommunen zu berücksichtigen. Sie sichern qualitätsfördernden Wettbewerb sowie Vielfalt und Innovation im Bildungswesen. Das Grundrecht, Schulen in freier Trägerschaft zu gründen

und zu betreiben, darf nicht beschnitten werden, indem diese z.B. finanziell schlechter gestellt werden.

Eine wirksame Schulaufsicht muss tief in die vor Ort laufenden Prozesse eingebunden sein, um sowohl der Aufsichtspflicht gerecht werden zu können, als auch mit Beratung und Unterstützung die Qualitätsentwicklung fördern zu können. Die Schulräte sollen ihre Aufgabe nah an den Schulen und in enger Abstimmung mit den Schulträgern umsetzen. Dabei muss die Kontrolle und Veröffentlichung der Ergebnisse der Schule (Output-Kontrolle) selbstverständlicher Teil der Qualitätsentwicklung sein. Auch anonyme Schüler-, Lehrer-, und Elternbefragungen sollten als Evaluationsinstrument eine größere Rolle spielen. Evaluationsberichte von Schulen sowie die Ergebnisse der Visitationen sind zu veröffentlichen. Dies fördert die Transparenz.

Schulen müssen zudem eine größere Eigenständigkeit erhalten. Der Schulkonferenz sollten größere Mitwirkungsrechte und -pflichten in der Schulgestaltung eingeräumt werden. Die Schule sollte eigenverantwortlich über Lehrerfortbildungen und über Förder- und Teilungsunterricht entscheiden. Ferner sollten alle Schulen selbstständig mit einem eigenen Konto ein Budget verwalten und eingeworbene Drittmittel eigenständig für Schulprojekte einsetzen können. So können schulinterne Entwicklungsprozesse besser gesteuert und Freiräume für die Unterrichtsentwicklung geschaffen werden.

Wir brauchen jede Schule – Antworten auf die Demographie

Unsere 924 Schulen (756 Schulen in öffentlicher und 168 Schulen in freier Trägerschaft) sind immer der gesellschaftliche Mittelpunkt ihrer Kommune. Die aktiven Kooperationen mit Vereinen, Einrichtungen und weiteren Partnern beleben das Schulleben und bereichern den schulischen Alltag. Wir wollen wohnortnahe Schulen für Schülerinnen und Schüler, damit auch dadurch ein starker Bezug zu ihrer märkischen Heimat entsteht. Die Schüler, Eltern und Lehrer brauchen Verlässlichkeit. Wir brauchen deshalb jede Schule und wollen angesichts sinkender Schülerzahlen bereits heute die Schulstandorte sichern helfen.

Der Schulbesuch darf nicht vom Wohnort, dem Einkommen oder der sozialen Stellung der Familien abhängen. Diese Forderung lässt sich in Dörfern und kleineren Städten nur umsetzen, wenn die Schule nicht unzumutbar weit vom Wohnort entfernt ist. Wir wollen es allen Grundschulen bei Bedarf ermöglichen, das Modell der Kleinen Grundschule anzuwenden, wenn ansonsten das Netz wohnortnaher Grundschulen gefährdet ist. Dadurch werden die rechtlichen Möglichkeiten gegeben, dass jede Grundschule in ihrer Existenz gesichert bleibt. Wenn es die räumlichen Bedingungen ermöglichen, ist ein Zusammenschluss von Grundschule und Oberschule ein weiterer Baustein zur Sicherung der Schulstandorte.

Zur Sicherung von Standorten der Oberschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Förderschulen wollen wir Schulverbände flächendeckend einführen. Die Kooperation von mehreren Standorten unter einer Schulleitung ist durch Vereinbarungen der Schulträger zu beschließen. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass solche Modelle eine hohe Flexibilität bei der Unterrichtsorganisation und einen effektiven Austausch der Personalressourcen ermöglichen.

Aktive Bildungspartner Familie – Kindereinrichtung – Schule

Alle neuen Forschungen weisen darauf hin, dass der Einfluss der Eltern auf den Schulerfolg deutlich größer ist, als bisher angenommen. Die Weichen für gelingende Erziehung und eine erfolgreiche Schullaufbahn werden dabei schon sehr früh gestellt. Deshalb ist es unser Anliegen, Eltern frühzeitig bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder zu unterstützen. Dazu brauchen Eltern offene Angebote der Beratung, Unterstützung und Elternbildung, die sie in allen Phasen der Erziehung wahrnehmen können. Die Wahrnehmung dieser Angebote sollte sich auf die finanziellen, Familien unterstützenden Leistungen auswirken.

Unsere Kindereinrichtungen und Schulen müssen sich auf ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag konzentrieren, um Bildung dauerhaft auf hohem Niveau anbieten zu können. Die Herausforderungen einer offenen Gesellschaft können Kindertagesstätten und Schulen nicht allein meistern. Wir wollen zukünftig verpflichtende Gespräche zwischen Eltern und Lehrern bzw. Erziehern, die insbesondere im familiären Umfeld stattfinden sollen. Zudem müssen Schulen künftig besser in das kommunale Gemeinwesen eingebunden sein und mit den Eltern sowie mit außerschulischen familien- und sozialpädagogischen Angeboten und Maßnahmen eng kooperieren. Die Erziehungsleistung der Familien kann die Schule dabei nicht ersetzen, aber sie muss den Erziehungsauftrag gemeinsam mit den Eltern erfüllen. Dies ist nur in einem demokratischen Prozess möglich, der von allen Beteiligten miteinander zu gestalten ist. Je erfolgreicher unser Bildungssystem darin ist, desto größer und vielfältiger sind die Zukunftschancen unserer Kinder.

CDU macht Schule – unsere Aufgaben für die Politik

Politik muss zuhören! Wir hören Ihnen zu! Ihre entscheidenden Forderungen für bessere Bildung in Brandenburg:

- Schulen in freier Trägerschaft bereichern unsere Bildungslandschaft und verdienen staatliche Anerkennung und Unterstützung. Schüler in staatlichen wie in freien

Schulen müssen uns dabei die gleiche Förderung wert sein. Die von der amtierenden Landesregierung vorgenommenen Kürzungen für den Bereich der freien Schulen müssen zurückgenommen werden.

- Die Vermittlung der DDR-Geschichte muss eine stärkere Rolle im Unterricht einnehmen. Zur Geschichte Deutschlands gehören zwei Diktaturen und beide müssen in den Schulen behandelt werden, um aus unserer Vergangenheit zu lernen.
- Dem Schulsport muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, damit Kinder ermuntert werden, sich auch außerhalb des Schulsports in Sportvereinen zu betätigen und so auch einen Beitrag zur eigenen Gesunderhaltung zu leisten.
- Die Lehrer müssen besser auf die Herausforderungen individueller Förderung in heterogenen Lerngruppen vorbereitet sein. Dazu sollen jährlich an jeder Schule entsprechende Fortbildungen der Lehrer durchgeführt werden.
- Beim Thema Inklusion darf es keine vorschnellen Entscheidungen geben. Das Wohl aller Kinder muss im Vordergrund stehen. Daher muss die Qualität der Umsetzung wichtiger sein als die Schnelligkeit.
- Wir brauchen mehr Vergleichbarkeit im deutschen Bildungswesen, um so endlich die negativen Auswüchse im Bildungsföderalismus zurückzudrängen.
- Kulturelle Bildung ist die Voraussetzung, sich mit der Grundlage unserer Gesellschaft kreativ auseinandersetzen zu können. Sie trägt dazu bei, die interkulturellen und kreativen Fähigkeiten junger Menschen zu entwickeln, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und die Traditionen und Bräuche unserer Gesellschaft zu wahren.
- An besonderen sozialen Brennpunkten sollen bestehende Schulen so weiterentwickelt werden, dass sie Integration fördern und attraktiv für Kinder und Jugendliche aus allen Bevölkerungsgruppen werden. Sie zeichnen sich durch innovative Lernkonzepte aus und konzentrieren sich auf einen Schwerpunkt, wie die Naturwissenschaften, Technik, Fremdsprachen oder Kunst. Entsprechend ihrer Spezialisierung erhalten die Schulen zusätzliche Fachlehrer. Das verbessert die Bildungschancen von Schülerinnen und Schüler, die aus einem schwierigen familiären Lebensumfeld kommen, und machen diese Schulen auch attraktiv für Schülerinnen und Schüler aus allen Bevölkerungsgruppen.
- Religion ist wichtiger Bestandteil unserer europäischen Kultur. Christliche Werte prägen unser gemeinsames Zusammenleben. Deshalb muss Religion ordentliches Unterrichtsfach werden.